

Haushaltsrede 2010

gehalten am 25. März 2010

vom Fraktionsvorsitzenden der FDP-Ratsfraktion
René Kauffmann

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sperrfrist: Donnerstag, 25.03.2010, 16.00 Uhr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir befinden uns im Jahr eins nach dem Beginn der größten Wirtschafts- und Finanzkrise seit bestehen der Bundesrepublik. Einige sprechen aktuell von einer leichten Erholung der Wirtschaft, andere sagen voraus, dass uns das Schlimmste auf dem Arbeitsmarkt noch bevorsteht. Die weitere finanzwirtschaftliche Entwicklung unseres Landes ist nach wie vor ungewiss.

Ungewiss erscheint jedoch vor diesem Hintergrund auch die weitere Entwicklung der Kommunalfinanzen. Nach den Haushaltsumfragen des Städte- und Gemeindebundes NRW werden bis zum Jahr 2013 voraussichtlich zwei Drittel der NRW-Kommunen ihre Ausgleichsrücklage und elf Mitgliedskommunen bis 2011 wohl ihr Eigenkapital vollständig verbraucht haben.

Allgemeine Rahmenbedingungen

Die kommunalen Haushalte erfahren weder vom Bund noch vom Land die angemessene Finanzausstattung für die den Kommunen in den letzten Jahren neu aufgebürdeten Belastungen. Die Klagen der Kommunen sind berechtigt, die Adressaten haben jedoch - unabhängig von der parteipolitischen Konstellation der jeweiligen Regierungen - die Absicherung des kommunalen Handlungsspielraums nicht unbedingt zu ihrem Herzensanliegen erkoren.

Die durch Bundesgesetze an die Kommunen durchgereichten Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft bei Hartz IV, die Grundsicherung im Alter und die Hilfen für Behinderte und zur Pflege sind in den letzten Jahren dramatisch angewachsen. Allein zwischen 2007 und 2010 ergab sich in Nordrhein-Westfalen ein Anstieg von 20 Prozent und mehr. Der Bund ist hier in der Pflicht und muss endlich seine Zusagen erfüllen und für einen fairen Ausgleich sorgen, denn die Absicherung allgemeiner Lebensrisiken ist immer noch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Aber auch die kommunale Einnahmeseite – hier insbesondere die Gewerbesteuer – wird immer mehr zur großen Lotterie. Während gute Konjunkturlagen oftmals mit einem Geldsegen für die Gemeindekassen einhergehen, wirken Krisenzeiten meist als katastrophale Einschläge, denen auch die aufrichtigste Konsolidierungspolitik nicht gewachsen ist. Hinzu

kommt, dass in einer zunehmend globalisierten und vernetzten Welt mit international operierenden Unternehmen der kommunale Einfluss auf die Gewerbesteuerzahlung auch ohne Krise äußerst begrenzt ist. Die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen ist somit nicht mehr als ein Spielball nicht steuerbarer externer Einflussfaktoren. Die Leistungsfähigkeit der kommunalen Daseinsfürsorge von einer derart unsoliden Einnahmequelle abhängig zu machen, ist geradezu unverantwortlich.

Und so sehen wir Liberalen uns auch in diesem Jahr wieder dazu gezwungen, unsere langjährige Forderung nach einer umfassenden Gemeindefinanzreform zu erneuern. Die Kommunalfinanzen müssen endlich auf eine solide Grundlage gestellt werden - und dabei geht es nicht etwa um eine Mehrung der Staatseinnahmen, sondern um eine verlässliche und planbare Einnahmequelle für die Kommunen. Wir fordern deshalb eine größere Beteiligung der Gemeinden an der vergleichsweise konjunkturunabhängigen Umsatzsteuer, die Ersetzung der Gewerbesteuer durch eine Kommunalsteuer als Annexsteuer sowie ein eigenes Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer. Wir Liberalen wollen die Gemeinden wirksam stärken und eine echte Finanzautonomie mit klaren Verantwortlichkeiten schaffen. Durch diese bürgernahe Politik wird ausreichend Freiraum für die Selbstverwaltung der Kommunen entstehen – für die Menschen hier vor Ort.

Die finanzwirtschaftliche Situation der Gemeinde Reichshof

Betrachten wir die finanzwirtschaftliche Situation der Gemeinde Reichshof, so blicken wir auf einen Haushaltsplanentwurf, der für das Jahr 2010 bei Erträgen von knapp 28,0 Mio. Euro und Aufwendungen von 32,4 Mio. Euro einen Fehlbedarf in Höhe von rund 4,5 Mio. Euro ausweist.

Die Tatsache, dass dieses Defizit nur durch den vollständigen Verzehr der Ausgleichsrücklage und durch eine genehmigungspflichtige Entnahme in Höhe von 1,4 Mio. Euro aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen werden kann, ist in unseren Augen, Herr Bürgermeister Gennies, alles andere als ein „sehr positives Ergebnis“. Auch wenn die Gemeinde Reichshof im Vergleich zu vielen anderen Kommunen finanzwirtschaftlich bisher noch mit zwei blauen Augen davon gekommen ist, so leben wir zur Zeit ohne Wenn und Aber auf Kosten der kommenden Generationen, auf Kosten unserer Kinder und Enkelkinder. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Generationengerechtigkeit sieht in unseren Augen anders aus. Als Grund allen Übels sind neben den bereits eingangs dargestellten Problemfeldern insbesondere auch die Transferzahlungen in Form der Kreisumlage auszumachen. Alleine wenn man sich vor Augen führt, dass die Kreisumlage in Höhe von 13,2 Mio. Euro als größte Aufwands-

position 47 % der Erträge aufzehrt, erkennt man eindeutig die fatale Schieflage der kommunalen Finanzstrukturen.

Gebäudesanierungsprogramm

Das vom Rat verabschiedete Gebäudesanierungsprogramm umfasst neben dem Rathaus insbesondere die Schulgebäude, die Turnhallen und die Bäderlandschaft. Haushaltskonsolidierung heißt nicht nur sinnvoll Ausgaben begrenzen, sondern auch sinnvoll investieren. Denn Sparen an falscher Stelle kann uns mittelfristig teuer zu stehen kommen. Im Planungszeitraum 2010 bis 2013 sind insgesamt 8,0 Mio. Euro für die Gebäudesanierung in einem mittleren Standard veranschlagt. Die Folgekosten der Gebäudesanierung werden den Haushalt in den kommenden Jahren zwar erheblich belasten, aber mit einer eindeutig zukunftsorientierten Perspektive. So hat für uns Liberale insbesondere die Sanierung der Schulgebäude einen hohen Stellenwert. Denn jede, auch nur mittelbare, Investition in die Bildung und Erziehung unserer Kinder sehen wir als eine der nachhaltigsten Investitionen in die Zukunft unserer Gemeinde an.

Bürgerbuskonzept

Die Idee und Umsetzung eines Bürgerbusvereins begrüßen wir ausdrücklich und zeigen uns an dieser Stelle hochofreut, dass so viele Reichshofer Mitbürgerinnen und Mitbürger hier ihre Bereitschaft signalisiert haben, dieses Projekt ehrenamtlich mit zu unterstützen. Wenn es nunmehr in die konkrete Umsetzungsphase geht, ist das Bürgerbuskonzept u. E. darauf auszurichten, dass insbesondere diejenigen von dem Bürgerbus profitieren können, die auf diese Dienstleistung essentiell angewiesen sind. Hierbei denken wir vor allem an die Gruppe der Seniorinnen und Senioren sowie die Gruppe der sozial schwächeren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Denn gerade diejenigen sind es oftmals, die hier im ländlichen Raum aufgrund fehlender Fortbewegungsmöglichkeiten erhebliche Einbußen in ihrer Lebensqualität hinnehmen müssen. Wir fordern, dass die Konzeption des Bürgerbusses auf diese Probleme eine Antwort bieten muss: So sollten u. a. regelmäßig Fahrten in die benachbarten Städte Waldbröl und Bergneustadt angeboten werden um Arztbesuche, Markteinkäufe oder auch die Inanspruchnahme der Tafel zu ermöglichen.

monte mare Freizeitbad Eckenhagen

Kommen wir nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu einem Thema, das in den vergangenen Wochen und Monaten für erhebliche Diskussionen gesorgt hat. Die derzeitige Situation des Freizeitbades monte mare in Eckenhagen ist, soviel kann und darf man an dieser Stelle sagen, alles andere als positiv.

Da es sich bei der monte mare Freizeitbad GmbH & Co. KG um ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen handelt, unterliegen auch wir als Ratsmitglieder bestimmten Verschwiegenheitsverpflichtungen, die uns leider nach wie vor daran hindern, dem berechtigten Informationsbedürfnis unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger gerecht zu werden. Und so zeigt sich bei dieser Form der öffentlich-privaten Partnerschaften gerade in dieser Situation einmal mehr die Diskrepanz zwischen gesellschaftsrechtlichen Verschwiegenheitsverpflichtungen und demokratischen Informationspflichten.

Aber die hiesigen Ratsmitglieder konnten in diesem Zusammenhang noch eine weitere schmerzliche Folgewirkung dieses Konstrukts kennen lernen: Aufgrund nicht funktionierender gesellschaftsrechtlicher Kontroll- und Informationsmechanismen auf der einen Seite und der gezielten Nicht-Information des Gemeinderats auf der anderen Seite, wurde der Politik das Heft des Handelns erst unbemerkt aus der Hand genommen um es ihr dann, als das Kind schon im Brunnen lag, fast ebenso unbemerkt wieder zuzustecken.

Nicht das ich falsch verstanden werde, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das die wirtschaftliche Situation des Bades in der Vergangenheit nicht rosig war, dürfte allen Beteiligten ohne Frage bekannt gewesen sein. Ich beziehe mich hier ganz konkret auf die Jahre 2008 und 2009. So hatte die monte mare GmbH & Co. KG, und das ist mittlerweile schwarz auf weiß auch öffentlich im Elektronischen Bundesanzeiger nachzulesen, zum 31.12.2008 ihr Haftkapital so gut wie aufgebraucht. Die Mitglieder des Gemeinderates hingegen hatten bis vor wenigen Wochen lediglich den letzten Jahresabschluss für das Jahr 2005 als belastbare Information über die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft vorliegen. Diejenigen, die regelmäßig über die wirtschaftliche Lage informiert wurden, waren nachweislich die Verwaltung bzw. der Aufsichtsrat. Warum wurden diese doch so wichtigen Informationen nicht an den Gemeinderat weitergegeben?

Doch damit nicht genug. In den Monaten vor der Kommunalwahl 2009 wurden, an allen politischen Instanzen vorbei, bedeutsame und weitreichende Verwaltungsentscheidungen getroffen, die den Handlungsspielraum der Politik in der aktuellen Diskussion erheblich ein-

schränken. In § 62 Abs. 4 GO NRW heißt es: Der Bürgermeister hat die Gemeindevertretung über alle wichtigen Gemeindeangelegenheiten zu unterrichten. Vergeblich habe ich hier nach der entsprechenden Einschränkung im Gesetz gesucht, wonach diese Vorschrift für die Monate kurz vor dem Kommunalwahltermin außer Kraft gesetzt wird. Doch auch der Aufsichtsrat der Gesellschaft muss sich an dieser Stelle die Frage gefallen lassen, ob er seiner Verpflichtung zur frühzeitigen Information des Rates gem. § 113 Abs. 5 GO NRW ordnungsgemäß nachgekommen ist. Vielmehr wurde hier die akute wirtschaftliche Schieflage der Gesellschaft so lange es ging unter dem Deckmantel der Verschwiegenheit gehalten. Dass weder der Gemeinderat noch die in die Gesellschafterversammlung entsandten Ratsmitglieder über die Lage der Gesellschaft zeitnah in Kenntnis gesetzt wurden, ist in unseren Augen nicht nur unverantwortlich, sondern eine eklatante Missachtung des Gemeinderates.

Meine Damen und Herren, leider kann ich aus den bereits oben angeführten rechtlichen Gründen nicht weiter ins Detail gehen. Aber festzuhalten bleibt eins: Die mittlerweile so emotional und kontrovers geführte Diskussion hätte schon viel früher, spätestens aber Ende 2008 aufgenommen werden müssen. Hätte man diese Thematik frühzeitig in die politische Diskussion eingebracht, hätte eine nachhaltige Lösung ohne den jetzt entstandenen zeitlichen, finanziellen und öffentlichen Druck erarbeitet werden können.

Unabhängig von diesen Ereignissen bekennt sich die FDP-Fraktion ganz klar für den Erhalt des Eckenhagener Freizeitbades. Allerdings sehen wir nach den zahlreichen Gesprächen mit den Vertretern der monte mare-Gruppe keine Grundlage mehr für eine zukünftige, die Interessen beider Seiten wahrende, Zusammenarbeit. Fakt ist, dass wir uns in den Vorgesprächen mehrheitlich einig waren, dass die Gemeinde in der derzeitigen finanzwirtschaftlichen Situation eine Investition von mehr als 3 Mio. € nicht stemmen kann. Doch schon bald wurde klar, dass die monte mare-Gruppe für diesen Betrag keine Umbaumaßnahme realisieren kann bzw. realisieren will. Und so drehte sich der Wind in diesem Gremium recht schnell und dieses grandiose „5-Millionen-Kleinschwimmbecken-Projekt“ wurde, ohne auch nur einmal ernsthaft über ein neutrales Alternativgutachten nachzudenken, durch die Mehrheitsfraktionen mut- und orientierungslos durchgeboxt. Die kommenden Generationen werden Ihnen dafür dankbar sein, meine Damen und Herren! Aber ich kann Ihre Gelassenheit in dieser Frage verstehen, denn so werden sie es in 20 Jahren ja mehrheitlich nicht mehr sein, die sich für diesen Unfug noch politisch verantworten müssen.

Wir Liberalen halten daher an unserer Forderung fest, dass die Gemeinde Reichshof mit der Mehrheitsgesellschaft in Verhandlungen über eine entsprechende Ausstiegsstrategie ein-

treten soll. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir für alle weitergehenden und nachhaltigen Lösungsansätze zwingend die Handlungshoheit über das Freizeitbad wiedererlangen müssen. Nur so werden wir in der Lage sein, eine zielführende und von Drittinteressen befreite Diskussion führen zu können.

Das Wasser steht der Gemeinde Reichshof bis Oberkante Unterlippe. Aber egal, CDU und Unabhängige packen uns noch mal 5 Mio. € auf die Schultern. Wir erkennen an dieser Stelle nicht, was das alles noch mit Haushaltskonsolidierung zu tun haben soll. Die FDP-Fraktion ist sich indes auch weiterhin ihrer Verantwortung bewusst und wird die zukünftige Entwicklung kritisch und konstruktiv begleiten. Eine Augen-zu-und-durch-Politik auf Kosten der kommenden Generationen wird es mit uns nicht geben.

Fazit

Meine Damen und Herren, bevor ich mich der konkreten Frage widme, ob die FDP-Fraktion dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf zustimmen wird oder nicht, möchte ich mich bei den Damen und Herren der Kämmerei, insbesondere aber auch bei Herrn Kämmerer Dresbach, für die geleistete Arbeit sowie für die vielen Stunden kompetenter Aufklärungsarbeit in den Gremien und den Fraktionen recht herzlich bedanken.

Einige Ansätze dieses Haushaltsplanentwurfs sind u. E. jedoch der Höhe nach nicht zutreffend und bedürfen daher einer entsprechenden Korrektur. Es kann nicht sein, das ehrenwerte und erstrebenswerte Ziel, nicht in die Haushaltssicherung abzurutschen, durch eine objektiv unrealistische Schönfärberei der Erträge und Aufwendungen erreicht werden soll. Eine entsprechende Korrektur würde nach derzeitiger Lage vermutlich in die Haushaltssicherung führen - doch vielleicht würden dann hier endlich mal einige aufwachen und den Ernst der Lage erkennen. Vielleicht würde sich dann auch die Erkenntnis durchsetzen, dass die Politik endlich den Mut haben muss auch unpopuläre und einschneidende Entscheidungen zu treffen.

Und das unser Anliegen nicht irgendein Hirngespinnst ist, zeigt sich an folgendem Satz aus dem Leitfaden zur Haushaltssicherung des Innenministeriums, wo es heißt: *Wird die Genehmigung zur Verringerung der allgemeinen Rücklage beantragt, ist durch die Aufsichtsbehörde stets zu prüfen, ob die Schwellenwerte des § 76 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 bis 3 GO bei **realistischer Betrachtung** tatsächlich nicht erreicht werden.*

Vor diesem Hintergrund bringt die FDP-Fraktion, wie bereits in der Sitzung des letzten Haupt- und Finanzausschusses angekündigt, folgende Änderungsanträge zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf ein:

- Wir sehen die im Jahr 2010 veranschlagten ordentlichen Erträge in der Produktgruppe „1.42.03 Bereitstellung, Betrieb von Bädern“ als objektiv unrealistisch an. **In diesem Zusammenhang beantragen wir eine Herabsetzung dieses Ansatzes in Höhe von 350.000 Euro.**
- **Darüber hinaus beantragen wir, die Ansätze der ordentlichen Aufwendungen in der Produktgruppe „1.42.03 Bereitstellung, Betrieb von Bädern“ für die Jahre 2011 bis 2013 um jeweils 300.000 Euro zu erhöhen.** Die Entscheidung, das Freizeitbad Eckenhagen in Anlehnung an das vorgestellte Konzept umbauen zu wollen, wird die Betriebskostenzuschüsse in den Jahren 2011 bis 2013 auf bis zu 630.000 Euro ansteigen lassen. Zur Zeit sind hier jedoch nur 270.000 € im Mittel als Aufwendungen angesetzt.
- **Ferner sind wir der Auffassung, dass die veranschlagten Erträge in der Produktgruppe „1.61.01 Steuern, allg. Zuweisungen“ um 210.000 Euro herabzusetzen sind.** Hintergrund ist hier, dass von der erwarteten Erstattung „Solidaritätszuschlag Fonds Deutsche Einheit“ nur 40.000 Euro erstattet wurden.
- **Ebenfalls beantragen wir, die Reichshofer Eigenheimzulage bereits im Haushaltsjahr 2010 nicht mehr zu gewähren.** An dieser Stelle würde der Haushalt um bis zu 100.000 Euro entlastet. Wir sind der Auffassung, dass in der aktuellen Haushaltssituation eine solche Subvention an einige wenige nicht mehr vertretbar ist.

Davon ausgehend, dass unsere Anträge in diesem Gremium keine Mehrheit finden werden, scheint es wohl so, dass an dieser Stelle doch sehr unterschiedliche Ansichten über die ordnungsgemäße Aufstellung eines Haushaltsplanes vorherrschen. Auch in solch schwierigen Zeiten müssen u. E. die veranschlagten Erträge und Aufwendungen die objektiven Erwartungen für den Planungszeitraum widerspiegeln. **Vor diesem Hintergrund sehen wir uns gezwungen, den Haushaltsplan sowie die damit einhergehende Haushaltssatzung abzulehnen.** Ich danke Ihnen, meinen sehr verehrten Damen und Herren, für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.